

In Xhain wohnen viele Menschen zusammen und gestalten gemeinsam den Bezirk. Wir wollen, dass jede\*r Einzelne sich so gut wie möglich einbringen kann. Dazu gehört, dass alle Menschen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Dabei setzen wir uns für die freie Zugänglichkeit von Ver- und Medien auf. Außerdem sollen alle Ansätze öffentlich sein und die Sitzungen der BVV im Internet live übertragen werden. Interessenkonflikte von Verordneten sollen in einem Lobbyregister einsehbar sein.

Die Teilhabe gilt für alle. Wir sind dafür, allen Menschen im Bezirk unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit maximale Mitspracherechte bei der Gestaltung des Bezirks einzuräumen. Auch den Menschen, die aufgrund der Krise im Nahen Osten und anderen Weltgegenden ganz neu im Bezirk eingetroffen sind, möchten wir Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine menschenwürdige Unterbringung, das Recht auf Freizügigkeit und Arbeit, Sprachkurse und eine gesellschaftliche Vertretung. Dabei stehen uns derzeit noch einige Bundesgesetze im Weg, die die Teilhabe, z.B. im Wahlrecht, un- nötig beschränken. Hier gibt es für uns nur eine Richtung: die der Demokratisierung.

Teilhabe wird aber derzeit nicht nur durch Bundesgesetze beschränkt. Wer sich keinen Internetausgang leisten kann, kommt u.U. nicht an die notwendigen Informationen und kann sich nicht vernetzen. Dabei fördern wir Freik- Funf. Mit Freikfun schalten Menschen ihre Internetausschlüsse zusammen und stellen sie anderen Menschen zur Verfügung. Zudem ist Freikfun dezentral aufgebaut und erschwert die staatliche Kontrolle von Kommunikation. Denn wer sich überhaupt wifl, kommuniziert nicht frei. Dabei setzen wir uns auch gegen die Funkzellenabfragen, gegen massenhafte Videoüberwachung und gegen geheime Gefahrengelbete im Land ein.

Teilhabe wird auch beschränkt durch mangelnde Mobilität. Wer sich kein BVG-Ticket leisten kann, um zur Ausschusssitzung zu fahren, kann seine Rechte dort nicht vertreten. Dabei treten wir für umlagefinanzierten fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr ein. Ein Nebeneffekt wäre die Abschaffung von BVG-Kontrollen und mehr Platz in den Berliner Justizvollzugsanstalten. Dort sitzen derzeit viele arme Leute, die sich die in der Stadt notwendige Mobilität schlicht nicht leisten können. Das öffentliche Straßenfall soll ebenfalls allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraums durch alle Fortbewegungsmittel (zu Fuß, Fahrrad, Auto, Bus, Bahnen) ein. Dabei ist der gegenseitige Respekt die oberste Prä- missa. In diesem Kontext wollen wir das Konzept Shared Space noch stärker erproben. Auch öffentliche Grünflächen und Wasserflächen sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wenden uns gegen die Privatisierung des Spreu- res und das Zubauen von Brachflächen.

Durch die Digitalisierung hat sich die Arbeitswelt verändert. Viele manuelle Tätigkeiten werden heute von Maschinen erledigt. Dies gibt Menschen mehr Zeit, sich um andere Dinge zu kümmern. Wir begrüßen diese Automatisie- rung, stellen aber fest, dass so gewonnene Zeit nur wenigen Menschen zu- gute kommt. Viele Menschen müssen weiter in prekären Verhältnissen arbeiten und finden keine Arbeit. Da Maschinen ihre Arbeitsplätze wegnehmen, werden haben. Dabei setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Automatisie- rungsvorteile unter allen Menschen ein. Dies heißt für uns: Bedingungslo- ses Grundeinkommen.

Auch im täglichen Arbeitsleben gilt für uns das Gebot der Teilhabe. Wir set- zen uns für die Weiterverwendung und gemeinsame Entwicklung von Com- putercode ein (Open Source). Auch Büroräume und Infrastruktur können gemeinsam genutzt werden in sogenannten Coworking Spaces. Menschen sind soziale Wesen und helfen anderen, wenn man ihnen die Möglichkeit da- zu gibt. Dies gilt auch im kulturellen Bereich. Die menschliche Kreativität findet sich nicht nur in den klassischen Gebäuden der Privilegierten wie Opernhäusern, sondern auch im viel kleineren Raum, z.B. Jan Sessions oder Street Art. Wir setzen uns für den Erhalt von nicht-kommerziellen Freifläch- en für Subkultur ein.

Auch Spiritualität gehört zur menschlichen Kultur und zur menschlichen Entfaltung. Dabei gilt für uns aber, dass der Staat sich in diesem Bereich welt- anschaulich neutral verhält. Das heißt: keine positive Diskriminierung von

## GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITIK

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegen- heiten des persönlichen Lebens. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zu- sammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeu- tung Einzelner gründen.

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Ge- schlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, wer- den dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals »Geschlecht« durch staat- liche Behörden ab. Übergangswiese kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

Die Piraten bekommen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Ent- scheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermög- lichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebens- modellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften alle gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich ange- sehen werden müssen.

### KULTUR

Mit mehr als 50, teils weltbekannten, Clubs und vielfachen Open-Air Musik- veranstaltungen, ist Friedrichshain-Kreuzberg das kulturelle Herz der Stadt. Diese enorme Vielfalt künstlerischen Schaffens ist förder- und schützenswert. Club- und Open-Air-Kultur ist bunt, weltoffen und fester schützenswerter Bestandteil des bezirklichen Nacht- und Kulturlbens. Die veränderten gesell- schaftlichen und urbanen Umstände erfordern einen ebenso veränderten Um- gang der Politik in der Pflege der Kulturschätze. Wir brauchen neue, nicht nur stadtpolitische, bau- und kiezpolitische Ansätze und Ideen wie beispielswei- se Kulturerwerbfächeln, und neue Konzepte für die Verringerung des Lärms und die Belästigung durch große Gruppen auf den öffentlichen Flächen. Die Kommunikation zwischen Stadt, Kulturschaffenden und Bewohner\*innen ist ein wichtiger Aspekt, welcher auf durch entsprechende On- und Offline- Plattformen stärken wollen.

Club- und Open-Air-Kultur ist aus verschiedenen Strömungen und Jugendbe- wegungen entstanden und hat sich abseits vom Popmainstream entgegen vie- ler Vorbehalte zu einer der weltweit wichtigsten Subkulturen entwickelt. Sie umfasst als allgemein verständlicher Begriff heute nicht nur Clubs und deren Betreiber, aber auch DJs, Musikerinnen, Veranstaltungsfor- men und Labels, sondern vielmehr steht das Wort auch für eine bestimmte Lebensphilosophie. Sie beschreibt bestimmte Ausdrucksweisen in den Berei- chen Tanz, Kleidung, Sprache, Design, Lebensmittel, Rausch und natürlich Musik. Sie vereint Künstler und Kulturschaffende unterschiedlichster Couleur, aus den Bereichen Styling, Design, Musik, Performance, Tanz, Bühnen- bau, Technik, Grafik und Gastronomie.

Sie steht ferner für einen der tolerantesten und freundschaftlichsten Beteiligungs- punkte von Menschen aus allen Teilen der Welt. Sie vereint Menschen unter- schiedlicher Herkunft und Hautfarben durch eine gemeinsame Kultur und Identität und Leidenschaft. Sie sorgt wie wenig andere Dinge für einen zwang- loseren und offeneren Umgang mit unterschiedlichen Sexualitäten. Club-

Religionsgemeinschaften durch staatliche Unterstützung, keine negative Dis- kriminierung von Religionen im Arbeitsmarkt und anderswo.

In allen menschlichen Kulturen gibt es Formen der Berauschung. Einige davon sind gesellschaftlich anerkannt (Alkohol), andere nicht (Cannabi). Wir set- zen uns für eine Dekriminalisierung aller Drogen bei gleichzeitiger Aufklä- rung ab. Abhängigkeit und Sucht gilt es zu vermeiden, aber Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen. Die Repression von Konsument\*innen bin- det unnötig Polizeikräfte, die wesentlich sinnvoller in anderen Bereichen ein- gesetzt werden könnten. In der Polizeiarbeit wurde lange versucht, menschliche Arbeit durch Technik zu ersetzen (Videoüberwachung, Vorratssdatenspeich- rung, Funkzellenabfrage). Diese Technik kann in der Tat viel mehr Daten er- heben als Menschen, überwacht dabei aber vor allem anlasslos, verdachtsunabhängig und weitgehend ziellos. Wir sind für eine Umkehr die- ses Trends und fordern eine Abkehr von der Sicherheitssesoterik und eine Rückbesinnung auf Ermittlung durch Menschen in der Kriminalitätsbekämp- fung. Wer sich überhaupt wifl, äußert sich nicht frei.

Die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit unterstützen wir konsequent auch in der Geschlechterpolitik. Menschen soll kein Geschlecht zugewun- gen werden, das sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee: Menschen, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung fü- reinander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle. Verantwortung fü- reinander zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns ein für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner\*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugrup- pen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxus- wohnungen, der zu Verdrängung führt, haben wir im Baausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonearreal, WBM, YAAM) und werden dies weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch des derzeitigen grünen Beton- mischers Hans Panhoff ein.

### STADTENTWICKLUNG

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Planungsausschuss von einem Abnickergremium zu einem politischen Gremium gemacht. Zentral sind für uns die Punkte Erhalt von Freiflächen, qualifizierte und nachhaltige Pla- nung und echte Bürgerbeteiligung. In all diesen Punkten sind wir regelmäßig mit dem grünen Baustadtrat Hans Panhoff aneinandergekommen, der dort ande- re Vorstellungen hat. In den Debatten um große Neubauplanungen waren meist wir die treibende Kraft, um höhere Qualitäten und Sozial- sowie Um- weltstandards zu erreichen. Insgesamt haben wir 72 Anträge und Anfragen im Bereich Stadtentwicklung gestellt. Wir waren das Korrektiv, das die alzu- weiche Haltung des Bezirksamtes gegenüber den an Profitmaximierung aus- gerichteten Bauwünschen der Investoren thematisiert hat. Unseren Kritik kam ein öffentlicher Diskussionsprozess häufig überhaupt erst zustande. Viel- fach wurden von uns Alternativmöglichkeiten aufgezeigt, die auch nach un- serem Verständnis qualitativ besseren Städtebau entsprechen.

In unseren Auseinandersetzungen im Stadtplanungsausschuss ging es regeln- mäßig um so hohe Baudichten und die Haltung der grünen Stadträte dazu. Stadtrat Hans Panhoff hat, da Maschinen ihre Arbeitsplätze wegnehmen, haben. Dabei setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung der Automatisie- rungsvorteile unter allen Menschen ein. Dies heißt für uns: Bedingungslo- ses Grundeinkommen.

Mit Tricks, Informationsverschleppung und Überumpelung wurden Prozes- se entweder verschleppt oder ellig an den Gremien vorbei durchgewunken. Wir haben alles erlebt. Das Baurecht wurde stets zu Ungunsten der öffentli-

kultur bringi jung und alt zusammen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zu Toleranz, Offenheit, Verständigung und Respekt.

Dies wollen wir durch die folgenden Maßnahmen im Bezirk fördern:

- Hervorhebung der Geschichte durch kulturelle Förderung,
- Initialisierung von Pilotprojekten zur Förderung des Verständnisses von Anwohnern, Besuchern und Kulturbetreibenden.
- Unterstützung der Szenewirtschaft bei der Suche nach geeigneten Nut- zungsfächeln.
- Ausweisung von Flächen zur Durchführung legaler Open Airs.
- Erweiterung von bereits ausgewiesenen Grünflächen des Bezirks für Free Open Airs Etablierung eines entsprechenden Anmeldeprozederes für die- se Flächen. Vorbild hierfür sei der Umgang mit »Spontanpartys« in der Stadt Halle an der Saale.

### KIEZLEBEN

Berlin ist 365/24 offen. So haben sich Späts in der Berliner Kiezkultur eta- bliert. Die überlastete Berliner Verwaltung sollte sich daher um Wichtigeres kümmern als um die Gängelung von inahberggeführten Späts. Zusätzlich for- dern wir die Gleichstellung von Späts und Tankstellen, wenn diese Lastesta- tionen für Elektroleichtfahrzeuge zur Verfügung stellen. Somit kann ein Sonntagspäts vollkommen legal stattfinden.

Bürger\*innen wollen im Sommer grillen und tun das auch. Das Grillverbot sollte der Müllvermeidung dienen. Dies hat sich als wirkungslos erwiesen: Der Müll ist in den letzten Jahren trotz des Verbots nicht weniger, sondern mehr geworden. Die grillenden Bürger\*innen als alleinige Sünderböcke für die Parkverschmutzung darzustellen akzeptieren wir nicht länger. Grillen för- dert das Sozialleben, ist ein Teil der lokalen Kultur und unterstützt auch die Integration. Wir fordern daher mindestens die Verdoppelung der Anzahl aus- gewiesener Grillplätze. Jede Berlinerin soll im Umkreis von 5 Gehminuten von ihrer Wohnung mindestens einen ausgewiesenen Grillplatz erreichen können.

### SUCHT- UND DROGENPOLITIK

Die repressive Drogenpolitik des Senats ist gescheitert. Repression an einem bestimmten Ort hat nicht weniger Drogenhandel zur Folge, sondern ledig- lich Verlagerung an einen anderen Ort. Irgendwann wird ganz Berlin mit Polizei vollstehen, ohne dass das Grundproblem dadurch gelöst wäre. Das ist vielleicht die Vision von Frank Henkel, aber nicht unsere.

Die Bekämpfung von Drogenabhängigkeit gehört für uns zur Gesundheits- politik. Die Polizei ist in diesem Feld der falsche Akteur und kann lediglich Symptome bekämpfen. Abhängigen soll geholfen werden statt sie zu krimi- nalisieren. Menschen haben ein Recht auf Rausch. Mit welchen Substanzen sie dieses wahrnehmen, ist ihre alleinige Entscheidung, solange dabei keine Dritten zu Schaden kommen. Dabei verkennen wir das Problem der Sucht nicht. Repression hat nachgewiesenermaßen aber nicht zur Folge, dass we- niger Menschen süchtig werden. Daher ist Repression als Mittel zur Suche- bekämpfung ungeeignet. Weiterhin führt die Kriminalisierung dazu, dass viel- geistesundschädigende Substanzen auf dem Schwarzmarkt zur Streckung verwendet werden. Dies verschlechtert die gesundheitliche Lage der Abhän- gigen. Wir setzen uns daher auch schon heute für Drug Checking ein.

Wir sehen Drogenkriminalität als ein Problem an, das es zu beheben gilt. Die- se Kriminalität ist direkte Folge der Prohibition. Eine legale Möglichkeit des Drogenerwerbs dahingegen bedeutet das sofortige Ende des Schwarzmarktes und der damit einhergehenden Delikte und Belästigungen.

Wir unterstützen die geordnete und legalisierte Cannabisabgabe aus einem bestimmten Ort hat nicht weniger Drogenhandel zur Folge, sondern ledig- lich Verlagerung an einen anderen Ort. Irgendwann wird ganz Berlin mit Polizei vollstehen, ohne dass das Grundproblem dadurch gelöst wäre. Das ist vielleicht die Vision von Frank Henkel, aber nicht unsere.

ten Interessen ausgeht. Beim Freudenberg-Areal hat es sogar eine Verbands- klage gegen das Bauprojekt gegeben, die vom Bezirk heftig attackiert wurde. Nun drehen sich dort die Baukräne und das letzte große Grundstück in Frie- drichshain-Ost ist dem Luxuswohnungsba zum Opfer gefallen. Der Bezirk rühmt sich mit seiner politischen aktiven Bevölkerung, die ständig Unterscri- fen für Bürgergehörten und Anwohneranträge sammelt. Dies hat aber in er- ste Linie mit den ständigen Planungsverzögerungen des grünen Bezirksamtes zu- tun. Unseres Wissens wird in keinem anderen Bezirk so willkürlich großzi- gigt zu Gunsten privater Investor\*innen entschieden, auf Baueinplanung verz- ichtet und die Bürgerbeteiligung so lapidar abgefrühstückt. Dagegen haben wir uns zur Wurt gesetzt. Unser zahlreichen Anträge haben wir meist im Schulterschluss mit den örtlichen Bürgerinitiativen in den Baausschuss und die BVV eingebracht.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen ab- gelehnt, aber häufig fanden sich unsere Inhalte abgeschwächt in Folgeanträgen wieder. Insbesondere die Fraktion der Grünen wird im Wahlkampf mit Initia- tiven in der Stadtplanung für sich werben, die sie von uns durch Ersetzung- anderer übernehmen haben.

Wie auch immer, wir verzeichnen nach unserem jahrelangen Wirken einen Be- wusstseinswandel hin zu einem kritischeren Umgang mit Baudichten, Mieten und Fragen der sozialen Infrastruktur. Der Planungsausschuss ist durch unse- re Anträge, die einen weit gehenden Gestaltungsanspruch hatten, zunehmend zu einem Gremium echter Auseinandersetzung mit Stadtenwicklung gewor- den. Wir brauchen einen Baustadtrat mit weniger zusätzlichen Aufgaben und mehr Qualifikation und Motivation, die Entscheidungen des Stadtplanungs- amtes entsprechend dem Wählerauftrag zu steuern. Die »beileidige Leber« haben wir uns schon viel zu lange geben müssen. Der Bezirk hat nur seine Planungshoheit einen hohen Gestaltungsspielraum im Bereich der Stadt- entwicklung, auch wenn dies vom Stadtrat gerne bestritten wurde. Diesen Spielraum zu nutzen und auszubauen, wird weiterhin unsere intensive Bestre- bung sein.

### HANDLUNGSELDER

- Beim **Freudenberg-Areal** haben wir die berechtigten Sorgen der örtlichen Bürgerinitiative mit 15 Anträgen und Anfragen unterstützt. Denn die zu hohe Anzahl der Wohnungen verschärft die ohnehin schwierige Grund- schul- und Kitasituation im Kiez sowie den Freiflächenmangel im dichtest besiedelten Bezirksteil Berlins. Der Investor freut sich, als der Bezirk sei- ne Bauanfrage nicht zurückstellt sondern brav beantwortet. Damit gab der Bezirk bewusst sein Bebauungsplanverfahren auf, mit dem er die Bau- dichte auf ein vernünftiges Maß hätte reduzieren und sozialen Wohnwun- schen erreichen können. Der Senat genehmigte, nun trägt der Landeshaushalt das RAW-Gelände
- Für den Komplex **Pufendorfstr./Friesenstr./Landseger Allee** unter- stützten wir die lokale Bürgerinitiative und fordern eine dem Straßener- lauf entsprechend abgestufte Bebauung statt einer Wand. Das grüne Bezirksamt hat dies ignoriert, nun entsteht ein fast zehn Meter hoher Schut, auf der die exklusive Wohnbebauung »thron«.
- Auch bei der Frage der geplanten Verlegung der Tram 21 von der **Boxha- gener Straße** in die **Sonntagstraße** unterstützen wir die Alternativen- städte der örtlichen Bürgerinitiative. In den Zwischenzeiten wurde deutlich, dass der Tramverlegung eigentlich ein Platz für den zusätzlichen A102-Auto- verkehr in der Boxhagener Straße machen soll. Das leben wir ab – die Tram mit eigener Trasse wäre ein guter Bremsklotz gegen den automobi- len Verkehrsmarkt im Kiez. In der Sonntagstraße und auf dem Ostkreuz- Vorplatz werden die Tram und der Bus alle nerven, es ist dort zu wenig Platz und zu viel Fuß- und Radverkehr. Leider konnten wir uns auch mit dieser Ansicht nicht durchsetzen.
- Wir haben in der letzten Legislaturperiode ordentlich Stuck gemacht. Dass die Grünen solche Betommischer sind, hätten wir uns vorher nicht träumen lassen. Es ist für der Bezirk wichtig, dass im Planungsausschuss auch in der nächsten Legislaturperiode ordentlich Kontra gegen gesetzt sind, werden die Bauwerk und die Verdrängung nicht aufzuhalten sein.
- Für die **Revaler Spitze** haben wir uns für den typischen Baumbestand, die Fortführung der ursprünglich geplanten Grünflächenfestsetzung und den Erhalt der Clubkultur eingesetzt. Nicht einmal die eigene Baueinplanung, wenigstens Öffentlichkeit in den Baufeldern und eine große Kita vorzuse- hen, wurde vom grünen Bezirksamt weiterverfolgt und stattdessen hoch- preisiger Wohnungsbau nach §34 BauGB ohne Bürgerbeteiligung genehmigt. Damit wurden sogar einige BVV-Beschlüsse ignoriert.
- Im Falle des ehemaligen **YAAM-Geländes** haben wir uns für eine behu- maste Entwicklung eingesetzt, die den Willen des Bürgerentscheides »Spreu- zer für den Kiez« widerspricht. Dieser hätte einen Investor geordert, der zuvor liegenden Baurecht weniger Baumaße und mehr Freiflächen realisi- w hätte. Leider das grün geführte Bauamt diesen Investor auflaufen lassen und stattdessen eine Maximalbebauung mit 12 Geschossen direkt am Wasser befördert. Dabei wurde die wesentliche Bauvorausfert der BVV vorenthal- tet und die BVV dabei in ihren politischen Eingriffsmöglichkeiten beschnit- ten. Eine von Stadtrat Panhoff positiv beschiedene Bauvoranfrage hat das Bauprojekt besiegt. Diese Hinterzimmerpolitik des Baustadtrats der Grü- nen wurde von allen Parteien der BVV, von CDU bis Linke einhellig kriti-

siert und in der BVV offiziell auf unseren Antrag hin missbilligt.
\* Zwischen **Ostbahnhof und Volkspark Friedrichshain** möchte die WBM mit Unterstützung des Bezirksamtes erst 38, jetzt 20 Punkthochhäuser errichten. Wir haben über ein Jahr lang Baueinplanung und Bürgerbeteilig- ung eingefordert, ohne dass dies das Bezirksamt interessiert hätte. Durch erheblichem Protest der Anwohner hat sich das Bezirksamt schlussendlich zu einem Bebauungsplanverfahren bereit erklärt. Da aber in der Zwei- schenzeit Baueinplanung positiv beschiedet wurde, ist die Chance zur Einflussnahme der BVV unnötigermesse gesunken.

- In der **Rigger Straße** entstehen immer neue Luxuspaläste, die viel zu den sozialen Unruhen in der Anwohnerschaft beitragen. Das grüne Bezirksamt unternahh nichts, um die Profiteur der Investoren zu zügeln, sondern hat sich mit minimalen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Die Überzeugung von Stadtrat Panhoff und dem Stadtplanungsamt, dass diese brutale Form der Nachverdichtung richtig sei, hat in der Rigger Straße besonders hefti- ge Konsequenzen.
- Mit unserer Unterstützung konnten die **Prinzessinnengärten** als inner- städtische Urban Gardening-Projekt geschaffen werden; die landeseigene Liegenschaftsgesellschaft wollte die Gärten zugunsten einer Gewerbebau- ung künden.
- Am **Frankfurter** sollte gegen den erklärten Bürgerwillen eine Zerstörung des Großgrüns und eine sterile und durchgeplante Anlage der Freiflächen durchgesetzt werden. Durch ein grünes Bezirksamt!
- Auch an der **Gerhart-Hauptmann-Schule** setzen die Grünen auf maxima- le Baumaasse und maximale Fällung von Bäumen. Wir unterstützen das Flüchtlingszentrum, wollen aber die Bäume erhalten und bessere Lebens- bedingungen. Die dort entstehende Engse soll vermieden werden. Wir set- zen uns für ein städtebauliches Verfahren ein, das zu einem guten Ergebnis mit vernünftigen Wäls- und Lebensbedingungen führen soll - vorgebns. Die dortige Grünverwertung als Resultat grüner Bürgerpolitik nicht sich ein in die Vernichtung großer Baumbestände in der **Revaler Straße, Co- rinthstraße und Boxhagener Straße**.
- Für den Komplex **Pufendorfstr./Friesenstr./Landseger Allee** unter- stützten wir die lokale Bürgerinitiative und fordern eine dem Straßener- lauf entsprechend abgestufte Bebauung statt einer Wand. Das grüne Bezirksamt hat dies ignoriert, nun entsteht ein fast zehn Meter hoher Schut, auf der die exklusive Wohnbebauung »thron«.

Wie wollen, dass die landeseigenen Wohnungsbauagessellschaften den neuen so- zialen Wohnungsbau in Berlin betreiben. Fördermittel verbleiben so im Lan- desbesitz. Dabei werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Projekte besser in die Kieze einfügen und der Anteil preisgünstiger Wohnungen steigt.

### FINANZEN

Die Art und Weise der Finanzierung der Berliner Bezirke ist so absurd, dass es jeder Beschreibung spottet. Unmittelbar sichtbar wird das an den Schulen oder am Bürgeramt. Das liegt nicht unbedingt an einer unfähigen Bezirksregie- rung, sondern an den mangelnden wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der Bezirke, die durch die Landesgesetze vorgegeben werden. Schilda ist im Vergleich dazu ein Hort der Vernunft. Senat sagt: Bezirk, du musst dies und jenes tun, und kriegst dafür sogar Geld. Mehr Geld ausgeben darfst du nicht; wenn du Geld einnimmst, geh das an den Senat; und wenn die Schule nach- her verfällt, macht sich der Senat einen schlanken Schuß. Ja ist nicht seine Auf- gabe, dass die Mittelzuweisung von vornherein unzureichend war, spielt dann keine Rolle mehr.

Wir fordern für die Finanzen im Bezirk: nichts. Weil sich im Bezirk keine sinn- vollen Forderungen stellen lassen. Es gibt nichts zu verteilen. Der Senat ist aufgefordert, die Finanzierung der Bezirke zu verbessern und vor allem sinn- voller zu gestalten. Alles andere ist Mumpitz.

Wir lehnen es ab, die Situation zu beschönigen oder so zu tun, als könnte man mit ein bisschen Schieben hier, ein bisschen Spucke da und einer gemeinsamen Kraftanstrengung das wieder in die Spur hieven. Das was jetzt zu tun ist, ist Öffentlichkeitsarbeit, damit die Absurdität der Situation da diskutiert wird, wo sie hingehört: in der Landespolitik. Dazu gehören öffentlichkeitsrechtli- che Aktionen wie z.B. der von uns angeschobene »Tag des geschlossenen Am- tes«. Solange der Senat damit durchkommt, den Schwarzen Peter elegant und dauerhaft in den Bezirken zu platzieren, wird sich am Elend der Berliner Ver- waltung nichts ändern. In diesem Punkt sind sich auch alle Bezirksverordne- te Berlins über alle Parteigrenzen hinweg einig. Nur wird das im Wahlkampf niemand so deutlich sagen. Deshalb haben wir das.

### FREIFUNK

Freifunk ist ein Weg zu einem stadstweiten, für alle kostenfrei zugänglichen WLAN. Der Clow dabei ist, dass nicht eine einzelne Firma das ganze Net- ztemmen muss und kontrollieren kann, sondern dass die Menschen der Stadt das selbst machen können:

Jede\*r kann das Netz mit eigenen Knoten selbstständig erweitern. Die Verwal- tung kann den Einwohner\*innen dabei unter die Arme greifen, indem sie Dachflächen, Grünanlagen o.ä. für Freifunkrouter zur Verfügung stellt oder gleich selbst Router mit aufstellt und damit das Freifunknetz Stück für Stück erweitert.

Die Internetanschlüsse im Freifunknetz werden geteilt. Dadurch erhalten mehr Menschen Zugang zum Internet. Eine Verwaltung, die sich für die Befrei- nung der Prozesse erlaubt weiterhin auch die elektronische Abwicklung im Internet. Bis 2020 sollen mindestens 70% der Abläufe im Internet online ab- gewickelt werden. Automaten, die hunderte Wartenummern täglich ausgeben, gehören ins Museum.

Der Bezirk soll auch in Zukunft die Freifunker\*innen unterstützen und dar- überhinaus eine eigene Freifunkinfrastruktur aufbauen und betreiben. Dazu gehört vor allem die An- und Einbindung von Schulen und Jugendeinrich- tungen. Außerdem soll der Aufbau von Freifunkverbindungen in Nachbarbezi- ke unterstützt werden.

### SOZIALES/ARBEIT

Die politische Ebene der Bezirke zeichnet sich durch besonders verantwor- tungsvolle soziale Aufgaben aus. Von der Sicherstellung ausreichender Schul- gebäude und Spielplätze, bis hin zu Jugendhilfe, Sozialarbeit und der konkreten Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen, obliegt dem Bez- irk die Last für den sozialen Unterbau der Demokratie. Ganz im Gegensatz hierzu ist die Handlungsfreiheit kommunaler Parlamente, auch und besonders in Berlin, extrem eingeschränkt. Ein Bezirksparlament, wie die BVV Frie- drichshain-Kreuzberg, kann nur über einen Bruchteil seiner Mittel im Sinne der lokalen Interessen verfügen.

Um hier Demokratisierungsprozesse anzuschieben, fordern wir eine Umver- teilung von Mitteln und Entscheidungsbefugnissen an die Bezirke. Damit wer-

- Die Privatisierung öffentlicher Flächen für den Wohnungsbau lehnen wir ab. Grundstücksvergaben in Erbpacht an Wohnungsbauensschaften soll nur dann erfolgen, wenn diese Bauprojekte so langfristig kalkulieren, dass sie Woh- nungen dauerhaft mit ähnlichen Mieten ähnlich den Vorhaben der Wohnungs- baugesellschaften schaffen können. Bei der Entwicklung von Privatgrundstücken zum Wohnungsbau werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk weniger stärker als bisher von seiner Planungshoheit Gebrauch macht und häufiger Bebauungspläneverfahren einleitet. Bisher hat Stadtrat Hans Panhoff Planungsverfahrenformide meist völlig unmotiviert als unbegründet dargestellt und stets die für den Bezirk ungünstigste Beurteilung angenommen. Damit wurden viele Chancen für den Bezirk vertan. Denn nur wenn es eine Bauleite- planung gibt, kann auch die »kooperative Baulandentwicklung« des Landes greifen und ein Anteil sozialen Wohnungsbau in privaten Projekten entstehen.

- Wir wollen, dass der Bezirk eine Kampagne startet, die Hausbesitzer\*innen dazu animiert, bei einem bezirklichen Programm der freiwilligen Wohnungs- kontingente »WBS-Wohnungen im Kiez« mitzumachen. Dabei können diese ein Label »Fair im Kiez« erwerben, wenn sie eine oder mehrere Wohnungen in einem Haus preisreduziert als Wohnung in das Vergabesystem des Woh- nungsbereichs einbringen abtreten. Dafür kann eine bevorzugte Behandlung auf Verwaltungebene in Aussicht gestellt werden.
- Wir unterstützen die bezirklichen Initiativen zur Wahrnehmung des Vorkaufs- rechtes im Falle einer Umwandlung von Miet- in Eigentumsmodelle.
- Wir wollen, dass der Bezirk in seinen Medien über das Gesetz zur Mietpreis- bremsung informiert. Mieter\*innen sollen bei Widerstand gegen überhöhte Mie- ten unterstützt werden. Es soll eine Präsenz der Gesetzgebung aufrecht erhalten werden, die VermieterInnen das Ignorieren des Gesetzes erschwert. Gleich- zeitig soll sich der Bezirk dafür einsetzen, dass die Mietpreissbremse auf dem Zivilrecht in das Wirtschaftsrecht überführt wird. Damit wird eine Ver- folgung als Ordnungswidrigkeit »om Amts wegen« möglich. Bezirkliche Stel- len sollen wieder anzeigen wegen Mietpreisüberhöhung nach §5 Wirtschaftsstrafrecht annehmen und die Verfahren durchziehen. Die oft be- hauptete Aussichtslosigkeit eines Verfahrensfolges vermittelt vor dem Hin- tergrund der Wohnungsnost in Berlin ein schwaches Bild der politischen Führung. In anderen Städten (z.B. Frankfurt/Main) werden diese Verfahren erfolgreich durchgeführt.

### SCHULEN

Die meisten bildungspolitischen Entscheidungen werden auf Landesebene ge- troffen; dennoch muss der Bezirk sich darum kümmern, dass genügend Ge- bäude und Räume für den Schulbetrieb zur Verfügung stehen. Wir fordern mit Blick auf das stetige Wachstum des Bezirks, das niedrige Anmeldezah- len nicht zwangsläufig zum Verlust von Räumen führen, sondern vielmehr zur Evaluation von Problemen und einer Anpassung des pädagogischen Angebots an die jeweiligen Bedarfe vor Ort.

Eine Abgabe von Schulräumen zu anderen Zwecken ist langfristig nicht sinn- voll. Vielmehr muss auf Landesebene darauf hingewirkt werden, dass keine Schautensterpolitik über Modellschulen und Leuchtturmprojekte betrieben wird. Im Gegenteil soll allen Schulen über zusätzliche Räumlichkeiten und entsprechende finanzielle Mittel die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Schul- profil mit modernen pädagogischen Ansätzen auszufdifferenzieren. Hier soll- ten besonders die Schulen gefördert werden, an denen sich die Lernenden sammeln, deren Eltern aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, eine besonders attraktive Schule auszuwählen. Fortschrittliche Bildungsan- gebote dürfen nicht zum Privileg jener Eltern und Lernenden werden, die in de- sem Bereich ohnehin schon Vorteile haben.

Die Piraten Xhain stehen für den Erhalt von Freiflächen, wenn schon Bebau- ung, dann mit Augenmaß, und ein Ende der »Roter-Teppich-Politik« des Baustadtrats für Investor\*innen jedweder Couleur.

Ohne sachkundige Opposition in der BVV droht im Bezirk eine ganz große Baukolkultion aus Grünen, SPD und CDU.

### WOHNEN UND MIETEN

Wir wollen, dass die landeseigenen Wohnungsbauagessellschaften den neuen so- zialen Wohnungsbau in Berlin betreiben. Fördermittel verbleiben so im Lan- desbesitz. Dabei werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Projekte besser in die Kieze einfügen und der Anteil preisgünstiger Wohnungen steigt.

### WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIK

den diejenigen Akteur\*innen zuständig, die mit den konkreten sozialen Auf- gaben unserer Gesellschaft konfrontiert sind.

Trotzdem sollte auch mit den hier und jetzt existierenden Möglichkeiten in eine Richtung gewirkt werden, die mehr Menschen dazu motiviert, sich i- ne lebendige Demokratie vor Ort einzubringen. Ohne großen Kostenaufwand kann schon allein mit digitaler Infrastruktur eine Vernetzung der Bürger zu den wichtigen Themen vor Ort stattfinden und damit echte Teilhabe an politischen Entscheidungen ermöglichen werden. Nur denn wenn Menschen merken, dass ihre Entscheidung einen spürbaren Einfluss hat, werden sie auch die Cause ergreifen ihre Meinung einzubringen.

Eine zentrale Idee hinter Workshops wie Online-Petitionen und Abstimmung- stools ist es die meinungsbildenden Prozesse dafür zu nutzen, außerparlame- ntär oder auch direkt auf demokratische Entscheidungen hinzuwirken. Wir sehen hier große Chancen, die demokratischen Prozesse den Möglichkeiten und Gewohnheiten des Informationsalters anzupassen. Mögliche prak- tische Einsatzgebiete für eine Demokratie-Software wie Liquid Feedback wären:

- Kiezliquids, in denen transparente Entscheidungsfindung wirklich stattfin- den kann;
  - Schulliquids, die es Eltern, Lehrenden und Schüler\*innen ermöglichen, Schulbelange transparent und niedrigschwellig zur Sprache zu bringen;
  - Liquid Democracy für die interne Organisation von Bürgerinitiativen.
- Wir möchten entsprechende Werkzeuge in die Haushaltspolitik integrieren. Damit können wir sie transparent machen und Menschen vor Ort sehr viel konkreter die Mitgestaltung ihrer Umgebung ermöglichen.

### VERWALTUNG

Die Verwaltung ist der zentrale Ansprechpartner für die Bürger\*in. Darum muss das halt da laufen. Die Verwaltung ist für eine qualitativ hochwertige Ar- beit personell angemessen auszustatten. Die Kahlchlagsanierung i La Sarrazin sieht zwar kurzfristig billiger aus, ist im Endeffekt aber ein Zuschussgeschäft. Das Jojo-Prinzip von Personalsab- und -aufbau ist das Gegenteil einer nachhal- tigen Personalentwicklung. Die effiziente Verwaltung ist volkswirtschaftlich wesentlich kostengünstiger als die sich derzeit entwickelnde Schattenwirtschaft. Wir fordern ein zukunftsorientiertes Personalmanagement, das langediente Mitarbeiter\*innen als wertvolle Träger von Wissen über Abläufe begreift. De- ren Wissen muss in klar definierten Prozessen an die nächste Generation über- mittelt werden können. Daher fordern wir ein Patensystem von ausscheid- en (in den Ruhestand gehenden) und eintretenden (Azubis) Mitarbeiter\*innen.

Wir setzen uns für eine klare Zielstellung und eine klare Modellierung der Prozesse innerhalb der Verwaltung ein. Eine Verwaltung, die weiß, was eigen- tlich zu tun ist, kann die eigenen Verfahren effizienter gestalten. Eine solche Be- trieb der Prozesse erlaubt weiterhin auch die elektronische Abwicklung im Internet. Bis 2020 sollen mindestens 70% der Abläufe im Internet online ab- gewickelt werden. Automaten, die hunderte Wartenummern täglich ausgeben, gehören ins Museum.

Jede Behörde mit Bürgerkontakt soll eine Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation anbieten. Dazu gehören einerseits Email-Accounts, die mit asymmetrisch verschlüsselten Nachrichten umgehen können, andererseits Mög- lichkeiten des verschlüsselten Dokumenten-Uploads. De-Mail ist keine sinn- volle Option.

Wir öffnen unsere Fraktion allen Interessierten und allen, die konstruktiv mit- arbeiten wollen, im Rahmen des Projektes FraktionPlus. Unsere Fraktionsstis- zungen sind immer öffentlich und Gäste haben immer Rederecht. Es gibt keine Geheimbeschlüsse. Die Sitzungen werden nach technischer Möglichkeit live im Internet übertragen.

Im Rahmen des Projekts FraktionPlus können kommunalpolitisch Interessier- te auch Stimmrecht innerhalb der Fraktionsversammlung erwerben. Sie sind im Rahmen der Fraktionsversammlung den gewählten Bezirksverordneten gleichgestellt und haben gleiches Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Lediglich die Vergabe von Hardware soll zentralisiert werden. Ebenfalls ist die »Be- reitstellung von Hardware« im Bezirksverordnungsbeschluss der Bezirkskör- pern ordnet erlaubt werden, bleiben außen vor. Dieses Konzept wurde von 2012- 2016 erprobt und hat sich bewährt.

### ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Die Piraten Xhain unterstützen die Transformation zur klimaneutralen Stadt. Von uns aus gern früher als 2050.

Dem Beispiel San Franciscos folgend setzen wir uns dafür ein, Baugenehmig- ungen nicht nur von der Energieeffizienz der Gebäude abhängig zu machen. Stattdessen soll auch die Dachgestaltung mit Begrünung, Photovoltaik und Klein- windanlagen ermöglicht werden. Wo machbar, soll Energiegewinnung auch über die Fassade erfolgen. Wir unterstützen Mieterstromprojekte ausdrück- lich und setzen uns für die Schaffung von Anreizen ein, damit Immobilien- eigentümer\*innen eine sinnvolle, nachhaltige energetische Sanierung ihres Eigentums planen. Wir wollen eine dezentrale, dekarbonisierte Energiever- sorgung. Die kommunalen Gebäude werden bei Installanduhängen und Modernisierungsmänahmen auf eine Umstellung auf moderne Heizungs- und Lüftungstechnik sowie Lastmanagement überprüft. Wo machbar, fördern wir die Integration von dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung, Power-to-X und Ener- giespeichertechniken bei diesen Objekten. Die überschüssige Wärme eines Schwimmbads könnte beispielsweise durchaus eine Schule heizen. Überschüs- siger Solarstrom kann in Batteriespeichern für spätere Nutzung gelagert werden.

- Die Energieversorgung und damit die Strom- und Gasnetze gehören für uns klar zur Daseinsvorsorge und somit nicht in die Hand privater gewinnorien- tierten Unternehmen. Wir streben eine Rekommunalisierung an und unter- stützen die BürgerEnergie Berlin Initiative.
- Wir wollen, dass der Bezirk in seinen Medien über das Gesetz zur Mietpreis- bremsung informiert. Mieter\*innen sollen bei Widerstand gegen überhöhte Mie- ten unterstützt werden. Es soll eine Präsenz der Gesetzgebung aufrecht erhalten werden, die VermieterInnen das Ignorieren des Gesetzes erschwert. Gleich- zeitig soll sich der Bezirk dafür einsetzen, dass die Mietpreissbremse auf dem Zivilrecht in das Wirtschaftsrecht überführt wird. Damit wird eine Ver- folgung als Ordnungswidrigkeit »om Amts wegen« möglich. Bezirkliche Stel- len sollen wieder anzeigen wegen Mietpreisüberhöhung nach §5 Wirtschaftsstrafrecht annehmen und die Verfahren durchziehen. Die oft be- hauptete Aussichtslosigkeit eines Verfahrensfolges vermittelt vor dem Hin- tergrund der Wohnungsnost in Berlin ein schwaches Bild der politischen Führung. In anderen Städten (z.B. Frankfurt/Main) werden diese Verfahren erfolgreich durchgeführt.

### UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Um ein erfolgreiches Vorgehen im Rahmen der Energie- und Wärmewende sicherzustellen, fordern wir Schaffung der Stelle einer Energiemanagerin, die Optimierungspotentiale aufspürt, Maßnahmen koordiniert und zentrale An- laufstelle im Bezirk ist.

### MOBILITÄT

Berlin wächst. Dafür wird viel gebaut. Auch und vor allem in Friedrichshain und Kreuzberg. Leider werden dadurch Straßen nicht breiter. Um mehr Men- schen auf der gleichbleibenden Fläche Straßenraum besser zu befördern, gibt es nur eine Lösung: der motorisierte Individualverkehr muss Verkehrskonze- pten weichen, die leistungsfähiger und zukunftsorientierter sind.

### WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIK

Ein langfristiges Ziel ist daher ein Bezirk mit dem Menschen im Fokus. Ei- ne Stadt, die keine Autos mehr braucht, Barrierefreie Mobilität, kurze Wege und T



